

# ***„Nun, die Mörder haben inzwischen zugeschlagen, ...“***

## **Stellungnahmen der Linken zu dem mörderischen Anschlag auf das jüdische Altenheim in München in den Abendstunden des 13. Februar 1970**

Den Toten im Altenheim der Israelitischen  
Kultusgemeinde in München, Reichenbachstraße

*Rivka Regina Becher (59)*

*Meir Max Blum (71)*

*Rosa Drucker (59)*

*Arie Leib Leopold Gimpel (50)*

*David Jakubovicz (60)*

*Siegfried Offenbacher (71)*

*Eliakim Georg Pfau (63)*

Die Namen wurden der Gedenkwall in der Synagoge der Reichenbachstraße entnommen

- W.K., Weil der Nazismus nie ausgerottet wurde, in: ND vom 15.2.1970, S. 2
- Chi (Rudolph Chimelli), Palästinenser distanzieren sich von der Brandstiftung, in: SZ vom 16.2.1970, S. 2
- O.N., Brandstiftung nahezu sicher / Aber noch keinerlei Hinweise auf eine Täterschaft / Benzin entfachte das Feuer / 75 000 Mark Belohnung, in: FAZ vom 16.2.1970, S. 7 (Auszug)
- Rote Garde Bergstraße München, Polizei dringt grundlos mit Gewalt bei der Roten Garde ein! (Flugblatt) Februar 1970
- O.N., Brandanschlag verurteilt, in: Frankfurter Rundschau, vom 17.2.1970, in: Agit 883 Nr. 50 vom 19.2.1970, S. 3 (FZA)
- Güm, „Empörung und Verbitterung“ / Jüdische Gemeinde befürchtet keine Anschläge, in: FAZ vom 17.2.1970, S. 24
- Martin Buchholz, Springer und die Juden, in: Berliner Extradienst Nr. 14 vom 18.2.1970, S. 1/2 - 11
- Ae, Teach-in zum Besuch von Außenminister Abba Eban, in: FAZ vom 19.2.1970, S. 28
- RED, Der „Jude“ Springer, der Faschismus und El Fatah, in: Agit 883 Nr. 50 vom 19.2.1970, S. 3
- ASTA München, Stellungnahme zur Pressekonferenz am 19.2.1970
- Tupamaros München (Flugblatt vom 20.2.1970), Dokumentiert in: Agit 883 Nr. 52 vom 5.3.1970, S. 3
- R.G., (Rainer Gohr) „Attentat war verbrecherisch“ Arabische Studenten distanzieren sich, in: SZ vom 20.2.1970, S. 14
- O.N. Doch die Mörder laufen frei rum / Nach dem Anschlag von München – Uneingeschränkte Freiheit für Nazis, in: Neue Zeit (Ost-Berlin) vom 20.2.1970, S. 2 (Auszug)
- O.N. Aus dem Tagebuch der Redaktion, in: die tat Nr. 8 vom 21.2.1970, S. 2 (Auszug)
- O.N. München ist mehr als ein Warnsignal // Noch immer hetzen alte und neue Nazis ungestraft, in: die tat Nr. 8 vom 21.2.1970, S. 2
- VVN, Telegramm an den Zentralrat der deutschen Juden, in: die tat Nr. 8 vom 21.2.1970, S. 2
- Palästina-Komitee München, Aufruf zur Demonstration am 21. Februar 1970
- R.G: (Demobericht) in der SZ vom 23.2.1970, S. 13
- KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands), BEWAFFNETE ÜBERFÄLLE DER POLIZEI AUF DIE ROTE GARDE MÜNCHEN
- Palästina-Komitee in der Trikont Hamburg, Die palästinensische Revolution und die Gewalt / Erklärung zu den Vorfällen in München, in: Rote Presse Korrespondenz Nr. 55 vom 6.3.1970, S. 5/6 (Auszug)

**W.K., Weil der Nazismus nie ausgerottet wurde, in: ND vom 15.2.1970, S. 2**

Sieben Tote und neun Verletzte — das ist das bis jetzt bekannt gewordene grauen volle Ergebnis der vorsätzlichen Brandstiftung in einem Münchner jüdischen Altersheim. Dieser vorsätzliche Mord konnte begangen werden, weil der Nazismus niemals in Westdeutschland ausgerottet worden ist

Man muß das mit aller Deutlichkeit und an erster Stelle sagen. Denn plötzlich gebärden sich verantwortliche westdeutsche Politiker als völlig überrascht". Münchens Oberbürgermeister Vogel nennt das wohlorganisierte Verbrechen eine „unbegreifliche Freveltat" von der er „zutiefst erschüttert" sei. Aber in der einstigen „Hauptstadt der Bewegung" sollte man eigentlich besser Bescheid wissen um die Fruchtbarkeit des Schoßes, der solche Verbrechen gebiert. Und auch darüber, daß den alten Nazis kein Haar in Westdeutschland gekrümmt worden ist, daß alte und neue Nazis in den Kommandohöhen im Regierungsapparat, im Außenministerium, in der Bundeswehr und in der Justiz sitzen und überall im Schulwesen ihr Unwesen treiben.

Ist es wirklich so überraschend, oder wird hier nicht vielmehr Überraschung vorgetäuscht, daß ein jüdisches Altersheim In München in Brand gesteckt wird, wenn die Neonazis - von keiner westdeutschen Bundes-, Länderregierung daran gehindert - in Wertheim ihren vierten (!) Bundesparteitag abhalten können? Ist die- Brandstiftung in München wirklich so „unbegreiflich", wenn die- Polizei in Wertheim nicht gegen die Neonazis, sondern gegen die Ihr Verbot fordernden Gewerkschafter mit Hubschrauber und Tränengas vorgeht und die neonazistischen Rollkommandos schützt? Mit Hakenkreuzen beschmierte Gedenkstätten der Verfolgten des Nazismus, geschändete jüdische Friedhöfe - das alles gehört seit Jahren zum westdeutschen Alltag, weil dort niemals die alten nazistischen Kräfte aus den Machtpositionen entfernt worden sind.

Überraschung oder besser gesagt Befremdung sollte eigentlich etwas ganz Anderes auslösen. Denn seit rund vier Monaten gibt es eine neue Regierung in Bonn. Bis heute ist jedoch niemandem zu Ohren gekommen, daß durch sie auch nur ein einziger Nazi aus einem einflussreichen Amt entlassen worden wäre. Was man allerdings hört, ist die lautstarke Stimme des in München residierenden Nazi- und Neonaziprotectors Franz Josef Strauß, der kategorisch von dieser Regierung Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Linken, die Gewerkschaften, die Demokratie verlangt. Von der Zunahme neonazistischer Verbrechen und Gewaltakte in der Bundesrepublik braucht wirklich niemand überrascht zu sein, solange die alten Kräfte die Schalthebel der Macht in Westdeutschland bedienen können.

**Chi (Rudolph Chimelli), Palästinenser distanzieren sich von der Brandstiftung, in: SZ vom 16.2.1970, S. 2**

„Die Volksfront zur Befreiung Palästinas, die linksgerichtete Organisation, auf deren Konto bisher alle Anschläge auf israelischen Flugzeuge und Institutionen im Ausland gingen, hat gleichfalls die Verantwortung für die Brandstiftung zurückgewiesen. Ein Sprecher der Volksfront nannte in Beirut Berichte, die arabische Kommandos in Zusammenhang mit dem Feuer bringen wollten, >bösartige Propaganda.<

Die arabischen Freischärler machen in der Tat zwischen Judentum und Zionismus sowohl in ihrer Doktrin wie der Praxis einen strengen Unterscheid und es ist äußerst unwahrscheinlich, daß Angehörige einer der großen, politisch geführten Fedajin-Gruppen ein Attentat auf die Einrichtungen einer jüdischen Gemeinde Unternehmen würden.“

**O.N., Brandstiftung nahezu sicher / Aber noch keinerlei Hinweise auf eine Täterschaft / Benzin entfachte das Feuer / 75 000 Mark Belohnung, in: FAZ vom 16.2.1970, S. 7**

**(Auszug)**

(...) Ein Sprecher der Volksfront zur Befreiung Palästinas wies am Samstag in Beirut alle Vermutungen, daß arabische Guerillas für den Brand verantwortlich sein könnten, als "böswillige Propaganda" zurück. Wörtlich sagte er: "Wir verachten diese Anschuldigungen, die uns mit einer Tat wie einen Angriff auf ein Gotteshaus in Verbindung bringen wollen.“

**Rote Garde Bergstraße München, Polizei dringt grundlos mit Gewalt bei der Roten Garde ein! (Flugblatt Auszug Februar 1970)**

Nach dem verbrecherischen Anschlag auf das Münchener Jüdische Altersheim, den kein aufrechter Kommunist gutheißen kann, und von dem sich alle wahrhaft kommunistischen Organisationen ausdrücklich distanziert haben, nimmt die Münchener Polizei die günstige Gelegenheit beim Schopf und veranstaltet großangelegte Razzien, bei denen sie die Räume alle links bekannten Gruppen sorgfältig durchwühlt.<sup>1</sup>

**O.N., Brandanschlag verurteilt, in: Frankfurter Rundschau, vom 17.2.1970, in: Agit Nr. 50 vom 19.2.1970, S. 3 (FZA)**

---

<sup>1</sup> Flugblatt Februar, URL:  
[https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OBB/Muenchen\\_Repression\\_1970.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OBB/Muenchen_Repression_1970.shtml)

In einer Presseerklärung, die unterzeichnet ist vom „SDS, der Generalunion Palästinensischer Studenten (GUPS), der ISRACA (Israelisches Revolutionäres Aktionskomitee im Ausland), Trikont (Vereinigung arabischer Studenten) und der Iranischen Studentenvereinigung, werden der Brandanschlag auf das jüdische Altenheim in München „und alle ähnlichen terroristischen Anschläge auf die jüdische Gemeinde und ihre Institutionen“ schärfstens verurteilt. „Derartige antisemitische Aktionen sind kein politisches Mittel im Kampf gegen den Zionismus“ heißt es darin. Die Unterzeichneten, so wird erklärt, kämpfen „gegen den Zionismus und seinen politischen Ausdruck Israel, nicht gegen die Juden.“

**Güm, „Empörung und Verbitterung“ / Jüdische Gemeinde befürchtet keine Anschläge, in: FAZ vom 17.2.1970, S. 24**

"Maßlose Empörung und Verbitterung" hat nach dem Bekanntwerden des Brandanschlages auf das Münchener Gebäude der Israelitischen Kultusgemeinde die jüdischen Bürger Frankfurts ergriffen. Das Vorstandsmitglied des jüdischen Gemeinderates Kurt Nahary berichtete gestern, die Gemeindemitglieder seien allgemein gefaßt, jedoch könne man nicht Sorge darüber unterdrücken, daß so etwas in der Bundesrepublik geschehen könne. Es sei eine Schande, daß 25 Jahre nach den Verfolgungen der Nazi-Zeit die Juden wieder unter "Denkmalschutz" gestellt und ihre Einrichtungen durch Polizei bewacht werden müßten. Zu dem "grausamen, unmenschlichen Verbrechen" - so der Vorsitzende des jüdischen Gemeinderates - meinte Paul Arnsberg, stellvertretender Vorsitzender der Budge-Stiftung, es sei nicht auszuschließen, daß von Ost-Berlin gelenkte linke Kreise für die Brandstiftung verantwortlich seien. Eine solche kommunistische Provokation könnte dem Ziel dienen, die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit als faschistisch zu diffamieren. Daß die Täter in neonazistischen Kreisen der Bevölkerung zu suchen sein könnten, hält Arnsberg für ausgeschlossen; doch meint er, daß Täter in erster Linie unter arabischen Terroristengruppen zu suchen seien. Um in Zukunft solche Verbrechen zu verhindern, hält er es für notwendig, die politische Betätigung von Ausländern, die sich in der Bundesrepublik aufhalten, einzuschränken.

Mit aller Entschiedenheit haben auch die Delegierten des Unterbezirksparteitages der Frankfurter SPD gegen Terrorakte auf deutschen Boden protestiert. Sie forderten in einem Initiativantrag die Behörden auf, alles Notwendige zu tun, damit solche Vorfälle künftig verhindert werden. Ausländische politische Gruppen und Bewegungen erwiesen ihrer Sache einen schlechten Dienst, wenn sie durch Gewalttaten das Leben Unschuldiger vernichteten oder gefährdeten und das Gast- und Asylrecht der Bundesrepublik mißbrauchten.

In einer gemeinsamen Erklärung haben auch der SDS, die Generalunion palästinensischer Studenten, das israelische revolutionäre Aktionskomitee im Ausland, die Frankfurter Trikont-Gruppe, die Vereinigung arabischer Studenten und die iranische Studentenvereinigung den Brandanschlag und alle ähnlichen terroristischen Anschläge auf die jüdische Gemeinde und ihre Institutionen "schärfstens" verurteilt. Für sie sind derartige antisemitische Aktionen "kein politisches Mittel im Kampf gegen den Zionismus". Außerdem kämen sie der Bundesregierung als zusätzliche Rechtfertigung ihrer Unterstützung des Staates Israel gelegen. Die Studentengruppen wiesen darauf hin, daß sie nicht gegen die Juden, sondern "gegen den Zionismus und seinen politischen Ausdruck Israel" kämpften.

Die Deutsche Presseagentur hat gestern berichtet, daß zur Bewachung jüdischer Gebäude und Kultstätten Einheiten der Hessischen Bereitschaftspolizei zur Verstärkung herangezogen wurden. Ein Sprecher des Schutzpolizeikommandos habe am Montag erklärt, daß die Altersheime Tag und Nacht bewacht würden. Auch die Synagoge, die mitten in einem Wohnviertel steht, werde Tag und Nacht bewacht. Der Chef der Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Ernst Achilles, habe eine vorbeugende Brandschau bei allen jüdischen Objekten angeregt, um festzustellen, ob die Sicherheitsvorkehrungen auf feuertechnischem Gebiet getroffen seien.

**Martin Buchholz, Springer und die Juden, in: Berliner Extradienst Nr. 14 vom 18.2.1970, S. 1/2 – 11 (Auszug)**

(...) Früher konnte man bei antisemitischen Anschlägen sicher sein, dass sie von rechts kamen. Wir sind es auch heute noch und haben das deutlich gesagt, als man im jüdischen Gemeindehaus eine Bombe fand. mag man noch so viele „linke“ Flugblätter“ und „883“ Artikel produzieren zur Rechtfertigung. Solche „Tupamaros“ würden von echten Tupamaros wahrscheinlich schlicht an die Wand gestellt. Jetzt also die Brandstiftung im Münchener jüdischen Altenheim: Tat von Geisteskranken oder Faschisten. Alle linken Organisationen haben das klar gesagt, auch jene arabischen Guerilla-Splittergruppen, die mit Bombenattentaten im Ausland zum Schaden der Al Fatah von sich reden machten. Für Axel Springer und Peter Boenisch ist der Täterkreis klar umgrenzt. Sie haben, so Boenisch am Montag in BILD, „viele, viele Male in der Zeitung lesen müssen, daß Herr Springer, die BILD-Redakteure oder ich den Studenten oder anderen radikalen Studenten den Schädel einschlagen wollten. Wir wollten das nie. Auch dann nicht, als sie uns die Scheiben einschlugen, unsere zeitungswagen ansteckten und in unserem Haus Feuer legten. Wir wollten nur, daß die Demonstranten aller Richtungen unser aller Freiheit verteidigten. Und dabei,

wenn es nottut, auch den Radikalen auf die Finger klopfen. Stattdessen wurde es Mode, dem Springer auf die Finger zu hauen. Ein paar Jahre später waren die Rathäuser dran. Und ein paar Kaufhäuser. Gestern kämpfte man radikal für Castro und Che Guevara und heute brutal für El. Fatah. Vorgestern brannte ein Zeitungswagen und heute verbrennen Juden in einem Altersheim.“

So wird der große Bogen geschlagen: Wer Springer bekämpft, steckt auch Juden in Brand. das also sind die Täter: Und somit bekommt die Schlagzeile vom Montag ihren Sinn: **JAGT SIE BIS SIE HINTER SCHLOSS UND RIEGEL SITZEN!**

Einen so infamen Versuch, ein Pogrom zu entfesseln, hat es bisher noch nicht gegeben in der an Erfahrung wahrhaftig nicht armen Geschichte des de Zeitungshauses Springer. Aus den Tode von „sieben alten Juden, die den Gasöfen der Nazis entkamen“ wird propagandistisch Profit für Springer geschlagen. Man muß es so klar sagen: Für Springer brannte das jüdische Altersheim zur rechten Zeit. Gerade zu einem Zeitpunkt, wo er zum ersten Male etwas in die Enge getrieben wurde, (...) brennt es. (...)

**JAGT SIE BIS SIE HINTER SCHLOSS UND RIEGEL SITZEN!** Ähnliche Schlagzeilen gab es schon in der Nazi-Zeit. Damals waren Juden damit gemeint. Auch damals gab es „Anlässe“ Dafür sorgten schon die Nazis. So beispielsweise: „Aus einer recht guten Übersicht über die laufenden und geplanten Judenaktionen in Ungarn entnehme ich, daß im Juni eine Großaktion auf die Budapester Juden geplant ist. Die geplante Aktion wird in ihrem Ausmaß im Auslande große Beachtung finden und sicher Anlaß zu einer heftigen Reaktion bilden. Die Gegner werden schreien und von Menschenjagd usw. sprechen und unter Verwendung von Greuelberichten die eigene Stimmung und auch die Stimmung bei den Neutralen aufzuputzen versuchen. Ich möchte deshalb anregen, ob man diesen Dingen nicht vorbeugen sollte dadurch, daß man äußere Anlässe und Begründungen für die Aktion schafft, z.B. Sprengstofffunde in jüdischen Vereinshäusern und Synagogen, Sabotageorganisation, Umsturzpläne, Überfälle auf Polizisten, Devisenschiebungen großen Stils mit dem Ziele der Untergrabung des ungarischen Währungsgefüges. Der Schlußstein unter eine solche Aktion müsste ein besonders krasser Fall sein, an dem man dann die Großrazzia aufhängt.“

Der Mann der diesen Vorschlag schriftlich formulierte, hieß Paul Otto Schmidt, Pressechef im Auswärtigen Amt der Nazis. dass einer seiner engsten Mitarbeiter Kurt Georg Kiesinger hieß, ist ein Zufall, daß Paul Otto Schmidt heute unter dem Namen Paul Carell Bestseller-Autor für Springer ist, ist ebenfalls Zufall.

**RED, Der „Jude“ Springer, der Faschismus und El Fatah, in: Agit Nr. 50 vom 19.2.1970, S. 3 (Auszug)**

(...) Es liegt in der Natur der Sache. Terroranschläge von Seiten der „Anarchisten“ oder anderer „linker Gruppen“ richten sich niemals gegen unbeteiligte Bürger, sondern nur gegen den direkten Feind oder gegen Sachen, mit denen der Klassenfeind arbeitet.

Faschistische Terroranschläge zeichnen sich stets durch ihre Menschenverachtung aus, die zumeist unter dem Schutz der herrschenden Kreise durchgeführt werden. Beispielhaft sind die Überfälle der US-Pigs auf Büros der Black Panther Party und deren Wohnungen oder die Niedermetzlung des Gewerkschaftsführers Yablonski samt Frau und Tochter. Beispielhaft ist die versuchte Lynchjustiz während der Senatsdemonstration vom Februar 68.

Anders dagegen revolutionäre Organisationen die sich im Kriegszustand befinden. Die vietnamesische FNL oder die El Fatah zahlen den Faschisten nicht in gleicher Münze heim. Sie metzeln keine Dorfbevölkerung hin, sie werfen kein Napalm, bei dem man nicht weiß wen es verbrennt. Sie führen Aktionen durch, die den Gegner militärisch schwächen. Sie greifen Flughäfen, Pipelines, Funkstationen und Militärbasen an.

Die Vietnamesen wollen die amerikanischen Imperialisten vertreiben. Und die sozialistische Revolution durchführen. Die El Fatah will den Zionismus vertreiben und den jüdischen Rassismus brechen, um gemeinsam mit Juden Arabern Christen die sozialistische Revolution in Angriff zu nehmen. Sie grenzt sich entschieden von den kleinbürgerlich-chauvinistischen Zielen kleiner Splittergruppen. Sie wollen nicht „die Juden“ ins Meer treiben, wie der israelische Außenminister Abba Eban behauptet.

Deswegen kämpft die El Fatah auch nicht gegen „den Juden“ und beteiligt sich auch nicht an Flugzeugattentaten. Kleinbürgerliche Ideologien, wie die der syrischen irakischen und ägyptischen Regierungen und Organisationen wie der „Aktionsgemeinschaft zur Befreiung Palästinas“, die für das Attentat auf das El-Al-Flugzeug in München-Riem verantwortlich zeichnet, kennen derartige Differenzierungen nicht. Dennoch scheuen sie nicht, sich für ihre Taten zu verantworten.

Anders faschistische Attentäter, denn sie haben allen Grund dafür zu sorgen, dass ihre Verbrechen nicht als die ihren entlarvt werden. Im Gegenteil sie werden wie im Falle der Mailänder Bauernbank und des jüdischen Altersheims in München ja gerade inszeniert, um sie ihren entschiedensten Gegnern, den revolutionären Kräften in die Schuhe zu schieben. Die staatlichen Vollzugsorgane benötigen solche Vorwände, um die revolutionäre Organisation bekämpfen und möglichst verbieten zu können.

Der Brand in dem Münchener Altersheim stellt sich als ein Musterbeispiel für eine solche Theorie dar. Die Polizei und die Sonderkommission des Bundeskriminalamtes sucht die vermeintlichen Täter vorzüglich in linken Kreisen: unter den Anarchisten und den arabischen „Untergrundorganisationen“. Um den Schein der Objektivität zu wahren, fügt man noch „neonazistische Kreise“ hinzu.

Doch wie man weiß beschränkt sich der Faschismus nicht auf „Neonazis“. Die El Fatah gibt den Rat: „Wir wissen wer gestern die Faschisten waren und wir wissen wer heute die Faschisten sind. Gestern waren es Hitler, Goebels und Kiesinger, heute sind es die Kiesinger, Strauß und Springer.“

(...) Jagt sie, bis sie hinter Schloß und Riegel sitzen!“ ist die Bild-Überschrift. Boehnisch fordert zusätzlich, statt dem Springer zukünftig den Radikalen auf die Finger zu klopfen. So hat er es geschafft, das Mitleid der Bevölkerung für die Opfer des Münchener Verbrechens auf sich, die Redakteure und Springer, dem Wohltäter, zu übertragen. Er ist selbst ganz Jude geworden.

#### **Ae, Teach-in zum Besuch von Außenminister Abba Eban, in: FAZ vom 19.2.1970, S. 28**

Eine Äußerung Rektor Rüeegg, in denen er seine vor zweieinhalb Jahren geäußerten Faschismus-Vorwürfe gegen die radikale Linke wieder aufgriff und davon sprach, der Antizionismus im SDS sei grundsätzlich nicht zu trennen vom Antisemitismus der faschistischen deutschen Vergangenheit, ist gestern von verschiedenen Studentengruppen der Universität scharf zurückgewiesen worden. Der SDS, die Arbeitsgruppe von Studenten aus der Dritten Welt "Trikont" und eine erst kürzlich in Frankfurt gegründete Gruppe des Israelischen Revolutionären Aktionskomitees im Ausland werteten die Behauptung des Rektors, der SDS praktiziere faschistische Terrormethoden, als "Hetzkampagne gegen die Linke", die geeignet sei, eine Pogromstimmung gegen einen Teil der Studentenschaft zu entfachen.

Der Rektor mißbrauche mit seiner Identifizierung von Antizionismus und Antisemitismus seine wissenschaftliche Autorität in der Öffentlichkeit, sagte ein Sprecher der Gruppen. Die von Rüeegg angesprochenen Studenten stünden auf der Seite aller verfolgten und unterdrückten Juden, wenn sie für ein antiimperialistisches Palästina einträten; sie unterstützten den Kampf gegen Israel, nicht gegen die Juden. Demgemäß verurteilten sie auch entschieden den Anschlag auf ein jüdisches Altersheim in München und ähnliche Aktionen. Es müsse allerdings auch deutlich gemacht werden, daß die Bundesregierung die Vorfälle dazu benutze, ihre Unterstützung des "zionistischen Staates Israel" zu rechtfertigen.

Die genannten Gruppen und Vereine der arabischen, iranischen und afghanischen Studenten kündigten für heute um 20 Uhr ein Teach-in im Festsaal des Studentenhauses an, anlässlich des Besuchs des israelischen Außenministers Abba Eban am 23. Februar. Vorgesehen sind Referate über den Zionismus, die wirtschaftliche Situation Israels, seine Politik in den afrikanischen Staaten und die Stellung der israelischen Linken. Nicht beabsichtigt seien Demonstrationen.

### **ASTA München, Stellungnahme zur Pressekonferenz am 19.2.1970**

„Der AStA verurteilt das abscheuliche Verbrechen, dem am Freitagnacht sieben Bürger Münchens zum Opfer fielen. Im Namen der gesamten Studentenschaft bekundet der AStA seine tiefe Anteilnahme mit den Angehörigen und Freunden der Opfer. Der Asta sieht sich aus folgenden Gründen zu dieser Erklärung veranlasst: Der AStA ist erstaunt über die Tatsache, daß von ihm mit drohenden Unterton eine Presseerklärung zur Brandstiftung im jüdischen Altersheim `verlangt´ wird (dies geschah am Samstagmorgen durch einige Vertreter von Rundfunk und Presse), da der der Asta doch immer schnell mit Presserklärungen bei der Hand ist´. Der Asta hatte sich in letzter Zeit bemüht, die internationale manipulative Diskussion in der westdeutschen Berufsöffentlichkeit über die Palästinafrage auf die Grundlage historisch-materialistischer Analyse zu stellen und zum Attentat in Riem eine differenzierte Stellungnahme abgegeben: Verurteilung von individuellen Terroranschlägen, Distanzierung auch vom Protestmarsch einer prozionistischen Studentengruppe; Differenzierung zwischen dem jüdischen Volk und dem Zionismus, zwischen reaktionären arabischen Regierungen und dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes (...) Gleichzeitig verlangt die Presse von uns eine Distanzierung von einem Anschlag, den wir nur als verbrecherisch charakterisieren können. Die politischen Hintermänner (wenn es solche überhaupt gibt und es sich nicht um die Tat eines kriminellen Psychopathen handelt) können nur die sein, denen er nützt: reaktionäre arabische Regime, die damit dem Zionismus den besten Dienst erweisen und die sie gefährdende arabische Befreiungsbewegung diffamieren, oder deutsche Faschisten. Der Anschlag ist folglich direkt gegen den Befreiungskampf der Völker Palästinas gerichtet. Distanzieren von diesem Verbrechen müssen nicht wir uns, sondern diejenigen, die mit arabischen Reaktionären und mit israelischen Militaristen gute (wirtschaftliche) Beziehungen und es z.B. nicht nötig haben sich vom Schreibtischmord an 70 arabischen Arbeitern zu distanzieren.“

Wegen der emotionsgeladenen Stimmung in der Münchener Bevölkerung sah sich der Asta außerdem veranlasst, seine Teilnahme an einer gegen den israelischen Außenminister Abba

Eben gerichteten Protestdemonstration am folgenden Wochenende abzusagen. In einer entsprechenden Presseerklärung heißt es unter anderem:

„Auf Grund der emotional aufgeheizten Atmosphäre, die mittlerweile in den Ruf nach `Kopf ab!` und zu einer allgemeinen Volkshatz ausgeartet ist, hält der Asta zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Demonstration für verfehlt, weil sie ihr Ziel Aufklärung über und Agitation für den Befreiungskampf der Völker Palästinas nicht erreichen kann.

Der Asta protestiert entschieden gegen die Pogromhetze, die eine gewisse Presse gegen unsere arabischen Kommilitonen entfacht hat. Die hohe Belohnung hat bereits jetzt zu einem wahren Jagdfieber bei der Bevölkerung geführt. Gestern Nacht wurde der Sitz der ROTEN Garde Münchens von Zivilbeamten mit Maschinenpistolen überfallen. Den Anwesenden wurde erklärt, man habe von der Bevölkerung einen Hinweis erfahren, daß die Attentäter hier anzuwenden seien. Es ist abzusehen, wann die meisten Zentren politischer Gruppen von ähnlichen `raids` heimgesucht werden. Auch die Leitung der Untersuchungskommission durch den berüchtigten Linkenjäger Lossos deutet darauf hin, daß die Polizei, wenn schon nicht die Täter, so doch politisch unliebsame Kräfte unschädlich machen will.“<sup>2</sup>

**Tupamaros München (Flugblatt vom 20.2.1970) Dokumentiert in: Agit 883 Nr. 52 vom 5.3.1970, S. 3**

Rund um den Stachus hat die Münchner Justiz in Palästen aus Glas und Stein Aktenberge errichtet, die zum Himmel stinken.

Wir haben dort diverse Brandsätze deponiert, die gegen Mitternacht gezündet sind.

Man wird versuchen, uns auch den Altersheimbrand in die Schuhe zu schieben. Laßt euch gesagt sein: WIR TREFFEN KEINE UNSCHULDIGEN.

Diesen neuen Reichstagsbrand im Altersheim können nur Leute gelegt haben, die dran interessiert sind, die Hexenjagd auf die Feinde des US-zionistischen Imperialismus zu eröffnen.

Noch hat jeder Münchener Richter und Staatsanwalt die Chance, die Robe an den Nagel zu hängen und sich in der ideologischen Gußform einer produktiven Tätigkeit zu läutern.

Viele sind, wie der Oberstaatsanwalt Wilhelm Lossos, mit Recht verbittert über die bevorstehende Demonstrantenamnestie und werden sich wie er den mitteleuropäischen Tupamaros anschließen. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hatte die deutsche Klassenjustiz

---

<sup>2</sup> Zitiert nach: Helmut Karlson, Vom Anschlag in Riem zum Anschlag gegen links, in: kurbiskern Nr. 2 / 1970 (Sonderdruck) München 1970, 24 S (Redaktionell abgeschlossen am 16.3.1970 / Beilage zur Ausgabe des kurbiskern Nr. 3 vom September 1970), hier S. 14-15

in den Demonstrantenprozessen ihre Würgehände gegen die Söhne der Bourgeoisie erhoben.

Dieser Schritt nach vorn soll nun mit der Amnestie rückgängig gemacht werden.

**FREIHEIT FÜR MASCHKE!**

**KEINE AMNESTIE FÜR DIE JUSTIZ!**

**R.G., (Rainer Gohr) „Attentat war verbrecherisch“ Arabische Studenten distanzieren sich, in: SZ vom 20.2.1970, S. 14 (Auszug)**

„Das Rierner Attentat einer arabischen Splittergruppe ist individueller Terror und schadet der gerechten Sache des palästinensischen Volkes.“ Mit diesen Worten verurteilten gestern auf einer Pressekonferenz arabische Studenten die blutigen Ereignisse der letzten Tage in München. Die bisher noch ungeklärte Brandstiftung in einem jüdischen Altenheim, bei dem sieben Menschen ums Leben kamen wurde als „verabscheuungswürdig und verbrecherisch“ bezeichnet. Gleichzeitig gab das Münchener Palästina-Komitee“, das sich zur Aufgabe gemacht hat, für den „Befreiungskampf des palästinensischen Volkes“ in Deutschland Aufklärungsarbeit zu leisten, bekannt, am Samstag gegen den Besuch des israelischen Außenministers Abba Eban in München zu demonstrieren. (...) Das Münchener Palästina-Komitee, das den >bewaffneten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes< unterstützt, formulierte gestern auf der Pressekonferenz das Ziel der Demonstration: „Wir sind gegen die Beteiligung der Bundesrepublik am Nahostkrieg durch Waffen, Geld und Propaganda für Israel. Wir sind gegen die aggressive Politik des nationalzionistischen Israel. Wir sind für eine Volksrepublik Palästina, in dem Juden und Araber gleichberechtigt zusammenleben.“

**O.N. Doch die Mörder laufen frei rum / Nach dem Anschlag von München – Uneingeschränkte Freiheit für Nazis, in: Neue Zeit (Ost-Berlin) vom 20.2.1970, S. 2 (Auszug)**

Unter großer Anteilnahme der Münchener Bevölkerung wurden jetzt die sieben Opfer beigesetzt, die vor einer Woche bei einer Brandstiftung im jüdischen Altersheim ums Leben kamen. Ihre Mörder laufen noch immer frei herum. Trotz Bildung einer Sonderkommission aus 75 Polizeibeamten - darunter 20 Angehörigen der „Sicherungsgruppe Bonn“ konnte die grauenhafte und an die Synagogenbrände der „Kristallnacht“ erinnernde Schandtat bisher nicht aufgeklärt werden. Dabei kann man der Polizei nicht etwa mangelnde Aktivität vorwerfen, sie zielt offenbar nur in die falsche Richtung!

So stürmte die Münchener Polizei dieser Tage mit gezückten Schusswaffen in den Schwabinger „Georgenkeller“, einen bekannten APO-Treffpunkt, um ausgerechnet dort die „Brandstifter“ dingfest zu machen. Die nächtliche Polizeiaktion wurde von Kriminaldirektor Häring nur mit einem anonymen Anruf begründet. Die Personalien der Anwesenden - etwa zehn Jungarbeiter, Lehrlinge und Schüler - wurden festgestellt, ihre Namen zu den Akten der Brandstiftung genommen.

Eine von Franz-Josef Strauss den Springer-Zeitungen und anderen westdeutschen Blättern in den letzten Tagen angeheizte Hetzkampagne beginnt also Früchte zu tragen. Mit Schlagzeilen wie „Säubert München“ und „Jagt Sie!“ wurde die Bevölkerung zu einer regelrechten Massenfahndung aufgeputscht, was „links“ oder „ausländisch“ aussieht. (...)

### **O.N. Aus dem Tagebuch der Redaktion, in: die tat Nr. 8 vom 21.2.1970, S. 2**

(...) Zu der Brandstiftung in einem jüdischen Altersheim in München finden wir keine anderen Worte als bestürzend, unmenschlich und alarmierend. Diese Untat kommt einem Massenmord gleich. Und verdient den tiefsten Abscheu. (...) (Allerdings) ist die Reaktion einiger Offizieller unentschuldigbar. Wenn sich z.B. bei dieser Gelegenheit der Vorsitzende des jüdischen Gemeinderates in Frankfurt am Main Paul Arnsberg (lt FAZ) geäußert hat, es sei ausgeschlossen, daß die Täter in Neonazistischen Kreisen der Bevölkerung zu suchen seien, dann kann man das kaum auf politische Unwissenschaft zurückführen. Wenn Herr Arnsberg aber außerdem sagt, es sei nicht auszuschließen, daß von Ostberlin gelenkte linke Kreise für die Brandstiftung verantwortlich seien, um die Bundesrepublik als „faschistisch“ zu diffamieren, dann kommt das einem unverantwortlichen Rufmord gleich. Es ist nicht das erste Mal, daß die politische Hysterie solche Blüten treibt.

### **O.N. München ist mehr als ein Warnsignal / Noch immer hetzen alte und neue Nazis ungestraft, in: die tat Nr. 8 vom 21.2.1970, S. 2 (Auszug)**

Der barbarische Anschlag auf das jüdische Altersheim in München hat weltweites Entsetzen erregt. Sieben alte, zum Teil invalide Frauen und Männer wurden durch die Brandstiftung bei lebendigem Leibe verbrannt, wie es ehemals die SS in ihren Konzentrationslagern vorexerziert hat. Abscheu und Empörung gegen den oder die Täter sind grenzenlos.

Der zunächst von Behörden und Tageszeitungen ausgesprochene Verdacht gegen arabische Organisationen lässt sich offenbar nicht aufrechterhalten. In jedem Falle wo eine Arabische Guerilla-Organisation bisher eine Aktion unternommen hat, bekannte sie sich öffentlich zu ihrem Vorgehen, in diesem Falle haben jedoch die arabischen Stellen jede Verbindung zu der

Brandstiftung energisch bestritten und das Verbrechen verurteilt das wehrlose alte Menschen traf.

Nicht nur im Ausland, sondern auch in der Bundesrepublik wird immer öfter die Frage aufgeworfen, was es bedeutet, daß in diesem Lande, wo die Wurzeln des Nazismus nie beseitigt wurden, ein solches Verbrechen gegen jüdische Mitmenschen wieder geschehen konnte. In München erscheint unbehelligt die berüchtigte National- und Soldatenzeitung“ dieses Hetzblatt alter und neuer Nazis - unbehelligt – obwohl seit langem formell ein Verbandsantrag gegen die „NSZ“ läuft. Vor Jahren schon hat der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Arndt von der Parlamentstribüne herunter diese Zeitung angeklagt, daß sie die „Sprache der Mörder von morgen“ spricht. Nun, die Mörder haben inzwischen zugeschlagen, aber ihr Sprachrohr kann weiter erscheinen, unter Berufung auf eine „Pressefreiheit“ hinter der sich die NSZ versteckt, wie ehemals der völkische Beobachter und der „Stürmer“ des in Nürnberg gehängten Julius Streicher. Es ist ein makabrer Beschluss, den die Innenminister der Bundesländer fassten, von jetzt ab die jüdischen Kultstätten in der Bundesrepublik sowie die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Dachau unter Polizeischutz zu stellen. Die Innenminister wissen also, dass nicht von Arabern sondern von Faschisten unseres eigenen Landes die Attentatsgefahr droht. Ihr Beschluss - 25 Jahre nach Hitlers Ende - ist ein erschreckendes Eingeständnis für die wirkliche Lage in diesem Lande, in dem die NPD, die SS-Verbände und andere faschistische Organisationen offen auftreten und agitieren können.

Jetzt nachdem sieben wehrlose Menschen grausam ums Leben gebracht wurden, wird die Polizei zum Schutze jüdischer Kultstätten eingesetzt. Die Hunderte von Friedhofs- und Synagogenschändungen vergangenen Jahre, die antisemitische Hetze von NPD-Leuten und ihresgleichen, hat die Herren Minister nie aus der Ruhe gebracht. Es müssten erst sieben Menschen sterben. Und nun wird also die Polizei jüdische Kultstätten bewachen. – aber wird sie dazu eingesetzt gegen Neonazis und unbelehrbare alte Faschisten vorzugehen? Nichts davon ist zu spüren. Und man ist versucht die Frage aufzuwerfen wie viele ehemalige SS-Leute wohl in der Sonderkommission tätig sind, die den Auftrag hat, das Verbrechen in München zu untersuchen. Das ist nicht nur unsere Meinung. Die jüdische Gemeinde in Bonn hat Bundesinnenminister Genscher telegrafisch aufgefordert, die „sofortige Entfernung aller Nazibeamten und Fragebogenfälscher aus Polizei und Verfassungsschutz“ anzuordnen. (...) Nein mit 100.000 DM Belohnung mit Trauerbeflagung und einer polizeilichen Sonderkommission sind die Schande und die Gefahr des Neonazismus auf unserem Boden nicht aus der Welt zu schaffen! Für die Herren Minister bedurfte es erst des Verbrechens von

München, um sie zu dem Eingeständnis zu bringen, dass die Rassenhetze der Neonazis nicht bagatellisiert und toleriert werden kann. (...)

Solange in unserem Lande die Mörder von gestern unbehelligt wirken können und in der Sprache der Mörder von morgen agitieren dürfen, solange gibt es keine Sicherheit für Frieden und Demokratie in der Bundesrepublik.

**VVN, Telegramm an den Zentralrat der deutschen Juden, in: die tat Nr. 8 vom 21.2.1970, S. 2**

Voll Abscheu und Entsetzen haben wir die Nachrichten über den heimtückischen Mord an den Insassen des jüdischen Altersheims in München vernommen

Wir übermitteln Ihnen und den Angehörigen der Opfer unser tiefempfundenes Mitgefühl.

**Palästina-Komitee München, Aufruf zur Demonstration am 21. Februar 1970**

„Die bewußte falsche Gleichsetzung Jude = Zionist soll die westdeutsche Linke mundtot machen, jede Kritik an der Politik des zionistischen Staates Israel als antisemitisch verketzern und zum Empfang des groß-israelischen Außenministers Eban blinde philosemitische Begeisterung mobilisieren. Der unbewältigte Antisemitismus der deutschen Vergangenheit soll durch einen unreflektierten Philosemitismus à la Springer ersetzt werden. Damit soll gleichzeitig vom notwendigen Kampf aller Demokraten gegen alten und neuen Faschismus abgelenkt werden. So wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vom provokatorischen NPD-Parteitag in Wertheim abgelenkt, so wird es den reaktionären Kräften in der BRD leichtgemacht, ihrem alten Ruf nach der Todesstrafe wieder erschallen zu lassen und eine Pogromhetze in bewährter Manier gegen Ausländer und demokratische Kräfte zu entfesseln. Die deutsche Geschichte lehrt: Der Feind steht rechts. Von einem Klima des Terrors können nur Reaktion und Faschismus profitieren. Wir rufen alle Demokraten auf, vor der massiven Einschüchterung nicht zurückzuweichen, sondern das Recht auf freie Meinungsäußerung wahrzunehmen und unsere friedliche Demonstration zu unterstützen.“<sup>3</sup>

**R.G. (Rainer Gohr) (Demobericht) in: SZ vom 23.2.1970, S. 13)**

250 meist jugendliche Demonstranten marschierten am Samstag durch die Innenstadt, um gegen den Besuch des israelischen Außenministers Abba Eban zu demonstrieren. Die Demonstration (...) mit ungewöhnlich starker Polizeisicherung abgehalten, stieß bei der

---

<sup>3</sup> Zitiert nach: Helmut Karlson, Vom Anschlag in Riem zum Anschlag gegen links, in: kurbiskern Nr. 2 / 1970 (Sonderdruck) München 1970, 24 S (Redaktionell abgeschlossen am 16.3.1970 / Beilage zur Ausgabe des kurbiskern Nr. 3 vom September 1970), hier S. 15-16

Münchener Bevölkerung auf keinerlei Resonanz. Die Teilnehmer der Demonstration, vornehmlich arabische Studenten und Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisation Roten Garde führten Bilder von Lenin, Stalin und Mao mit sich und verteilten Flugblätter, mit denen gegen die „militaristische, aggressive, auf ständige Ausdehnung der Grenzen gerichtete Politik der Stärke des nationalzionistischen Israel“ protestiert wurde. Wie es weiter auf den Flugblättern hieß, sei man für ein demokratisches Palästina, in dem Juden und Araber gleichberechtigt zusammenleben müßten. Alle Formen des Terrors wie Anschläge auf jüdische Mitbürger, Hakenkreuzschmierereien, Attentate und Brandstiftungen wurden von den Demonstranten ausdrücklich aufs schärfste verurteilt.

### **KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands), BEWAFFNETE ÜBERFÄLLE DER POLIZEI AUF DIE ROTE GARDE MÜNCHEN**

Am 16.2.1970 fanden die regelmäßigen Informationsveranstaltung der Roten Garde München statt. Gegen Ende der Sitzung hielten sich noch einige Sympathisanten und Rotgardisten in den Räumen der Roten Garde auf, als plötzlich bewaffnete Männer in die Räume eindrangten. Die vier Zivilen hatten die Maschinenpistolen im Anschlag. Zuerst glaubten die Genossen es mit Gangstern zu tun zu haben, doch dann wiesen sich die vier als Kriminalpolizisten aus. Ohne jede Begründung nahmen sie die Personalien der anwesenden Kollegen und Genossen auf!

Warum unternahm die Polizei diesen Überfall?

Sie gab vor, in den Räumen der Roten Garde seien die Brandstifter versteckt (kurz vorher war ein Altersheim angesteckt worden. Sie wußten natürlich genau, daß die Rote Garde keine Terrorakte unternimmt, sondern die Jungarbeiter und Lehrlinge in ihrem wirtschaftlichen und politischen Kampf gegen die Unternehmerklasse leitet. Die Rotgardisten und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten wollen, und das wissen auch die politischen Polizisten ganz genau, das Proletariat organisieren, sie wollen das Bündnis mit anderen ausgebeuteten Schichten des Volkes anstreben. Wenn sie aber Häuser anstecken würden, wenn sie Flugzeuge in die Luft jagen würden, was würden sie damit erreichen? Sie würden nur die Bewegung desorganisieren. Sie würden den politischen Polizisten, die die Arbeiterbewegung unterdrücken und bespitzeln, wo es nur geht, damit nur Vorwände geben, gegen sie einzuschreiten.

Warum überfielen also die Polizisten die Rote Garde?

1. Um die Rote Garde einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, auch weiterhin konsequent für die Verbesserung der Lage der Lehrlinge und Jungarbeiter einzutreten.

2. Weil die Rote Garde eine Demonstration gegen den Außenminister des imperialistischen Staates Israel vorbereitete, das in brutaler Weise die arabischen Volksmassen unterdrückt und ausbeutet. Sie wollten der Roten Garde Angst einjagen, doch sie konnten die Organisation der jungen Arbeiter und Lehrlinge nicht davon abhalten, trotzdem die Demonstration zu veranstalten. Um weiteren Terrorakten vorzubeugen, zeigte die Rote Garde die Polizei an."<sup>4</sup>

**Palästina-Komitee in der Trikont Hamburg, Die palästinensische Revolution und die Gewalt / Erklärung zu den Vorfällen in München, in: Rote Presse Korrespondenz Nr. 55 vom 6.3.1970, S. 5/6**

(...) Es ist eine alte Methode der Reaktion sich solcher Splittergruppen zu bedienen, die durch ihre konterrevolutionäre Praxis die wahren revolutionären Organisationen des Volkes in Verruf zu bringen trachten. Diese Verschleierungs- und Verleumdungstaktik wiederholt sich in der undifferenzierten Stellungnahme der bürgerlichen Presse dem Münchener Attentat gegenüber. Sie nutzte den terroristischen Akt der „Alhaya Alamila“-Organisation aus, um die Palästinensische Revolution als eine Kette irrationaler Gewalttaten hinzustellen – eine Taktik wie sie auch in den Stellungnahmen zu der verbrecherischen Brandstiftung im jüdischen Altersheim angewandt wurde; die antifaschistischen Studenten und Arbeiter aus der Dritten Welt mit Kriminellen gleichsetzt und politisch abzuwürgen versucht. (...)

---

<sup>4</sup> KJVD, BEWAFFNETE ÜBERFÄLLE DER POLIZEI AUF DIE ROTE GARDE MÜNCHEN (vom 6.3.1970) URL: [https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OBB/Muenchen\\_Repression\\_1970.shtml](https://www.mao-projekt.de/BRD/BAY/OBB/Muenchen_Repression_1970.shtml)